



Gemässigte Pestizidkritiker scheinen sich auf eine Linie zu einigen: Lieber als die radikale Initiative wollen sie Massnahmen wie ein Ackerbau-Herbizidverbot.

Bio-Suisse will Gegenvorschlag

Trinkwasser-Initiative / Selbst den Biobauern ist sie zu radikal. Deshalb fordern sie eine Alternative mit Lenkungsabgabe.

BASEL Die Trinkwasser-Initiative, welche kürzlich eingereicht worden ist, hält die Branche auf Trab. Sie fordert unter anderem, dass künftig nur noch Betriebe Direktzahlungen erhalten, die keine Pestizide einsetzen und nur betriebseigenes Futter verwenden. Stark gefordert sind auch die Biobauern und ihr Verband Bio Suisse, dessen Vertreter sich bis anhin vorsichtig positiv zur Initiative geäussert haben. Eine Parole wurde bisher aber nicht gefasst.

Bekenntnis zu Bio fehlt

In einem Artikel im Verbandsorgan «Bioaktuell» fordert der Politchef der Bio Suisse nun einen Gegenvorschlag zur Initiative. Die Begeisterung über die Initiative halte sich in Gren-

zen, «obwohl sie auf den ersten Blick Anliegen stärken will, an denen auf Biobetrieben seit Langem gearbeitet wird», schreibt Martin Bossard. Es fehle im Initiativtext das klare Bekenntnis zum Biolandbau. Das Volksbegehren könnte für Bossard auch Biobetriebe in Schwierigkeiten bringen, offen seien folgende Fragen:

- Welche Pflanzenschutzmittel (PSM) sind nach Annahme der Initiative noch erlaubt?

Für Bio Suisse müssten alle auf der FiBL-Betriebsmittel-liste zugelassen bleiben, diese enthält 107 von insgesamt 400 zugelassenen PSM. 26 dieser Substanzen wären von der Initiative betroffen.

- Warum sind nicht-landwirtschaftliche Nutzer nicht miteingezogen? Man schätzt, dass 300 Tonnen PSM-Wirkstoffe pro Jahr ausserhalb der Landwirtschaft eingesetzt werden, der Verbleib von 700 Tonnen ist ungeklärt.
- Wie streng wird betriebseigenes Futter verlangt? Auch in der Bio-Veredelung ist der Import von Futtermitteln gross und die Bauern handeln Futter von Betrieb zu Betrieb. Aus diesen Erwägungen heraus formuliert Bossard «Elemente eines möglichen Gegenvorschlags aus Sicht von Bio Suisse»:
 - Transparente Statistiken zu Verkauf, Verbrauch und Verbleib von PSM.
 - Lenkungsabgabe auf PSM (in



Dänemark habe sie den Einsatz um 40% gesenkt.

- Mehrwertsteuersatz für PSM erhöhen (er liegt derzeit auf dem tiefsten Satz).
- Pestizidverbot im Sömmerungsgebiet (sei in Österreich bereits realisiert).
- Zulassungsverfahren transparenter machen (in der Schweiz sind die Zulassungsunterlagen anders als in der EU geheim).
- Verzicht auf Herbizide im Ackerbau. *akr*

Wasserwerke mit Zehnpunkteplan

Pünktlich zur Frühlingsession des Parlaments hat sich auch der Verband Schweizer Abwasser- und Gewässerschutzfachleute (VSA) mit 10 Forderungen zu PSM in Erinnerung gerufen:

- ÖLN-Vorgaben verschärfen: Die Landwirtschaft verursache Umweltprobleme, obwohl 98% der LN gemäss ÖLN bewirtschaftet würden.
- Direktzahlungen anpassen: Sie sollen eine klare Lenkungswirkung hin zu einem extensiven Anbau haben.
- Biolandbau fördern. Die AP22+ soll konkrete Mass-

nahmen zu dessen Förderung definieren.

- Landwirte unabhängig beraten: Pestizidverkauf, Kontrolle und Beratung seien klar zu trennen.
- Geltende Regelungen durchsetzen: Mit griffigen Massnahmen für Einhaltung von Vorschriften (z. B. Pufferstreifen) sorgen.
- Lenkungsabgabe einführen: Sie würde bewirken, dass Pestizide erst eingesetzt werden, wenn andere Methoden nicht zum Erfolg geführt haben.

- Innovative Massnahmen fördern: AP22+ soll Züchtung resistenter Sorten usw. gezielt fördern.
- Transparentes Zulassungsverfahren durch BLW-unabhängige Stelle, analog Arzneimittel (Swissmedic).
- Umdenken bei Grossverteilern und Konsumenten: Den Trend zu immer perfekter aussehenden Produkten soll durchbrochen werden.
- Verbote im Hobbybereich: Giftige Pestizide sollen für den Hobbybereich explizit verboten werden. *akr*